

633649-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Datenerfassungssystem – Forensiksoftware für Datenträgerauswertungen

OJ S 178/2026 15/09/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Lieferleistungen - Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bayerisches Landesamt für Asyl und Rückführungen

E-Mail: poststelle@lfar.bayern.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Der Erwerber ist ein Auftraggeber

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Forensiksoftware für Datenträgerauswertungen

Beschreibung: Im Rahmen dieser Vergabemaßnahme soll sowohl der Extraktionsbestandteil einer Forensiksoftware, im Folgenden auch „Extraktionssoftware“ genannt, zum Entsperren und der Extraktion von nicht gesperrten und gesperrten Datenträgern - Los 1 - wie auch der Analysebestandteil einer Forensiksoftware, im Folgenden auch „Analysesoftware“ genannt, zur Analyse von aus Datenträgern erstellten Extraktionsdateien - Los 2 - beschafft werden.

Kennung des Verfahrens: e4994906-81f5-4759-9572-a7994fbfd4ab

Interne Kennung: 0270.ZV-33-26-04

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: ja

Begründung des beschleunigten Verfahrens: Vergleiche hierzu grundsätzlich § 20 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 Satz 2 wie auch Abs. 4 der Vergabeverordnung für die Bereiche Verteidigung und Sicherheit zur Umsetzung der Richtlinie 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG 1), d.h. konkret wird ein sog. beschleunigtes Verfahren aufgrund eines besonders dringlichen Bedarfes - weitere Details hierzu unterfallen der Einordnung "VS-NfD" - durchgeführt.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Zusätzliche Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 48614000 Datenerfassungssystem

Zusätzliche Einstufung (cpv): 48900000 Diverse Softwarepakete und Computersysteme, 72268000 Bereitstellung von Software

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: St.-Martin-Straße 72

Stadt: München

Postleitzahl: 81541

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Dienstsitz München, St.-Martin-Straße 72, 81541 München

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 0,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Verpflichtung VS-NfD: Mit den Unterlagen zur Erstellung des Teilnahmeantrages stellt der VS-NfD-Auftraggeber eine von ihm noch nicht signierte VS-NfD-Verpflichtung zur Verfügung. Mit seinem Teilnahmeantrag muss der Bewerber eine von ihm signierte VS-NfD-Verpflichtung einreichen. Damit bestätigt er, dass er einen Vertrag mit dem Inhalt des Formblattes "VS-NfD-Verpflichtung" mit dem VS-NfD-Auftraggeber abschließen will und sich verpflichtet, die Vorgaben sämtlicher Teile des VS-NfD-Merkblatts einzuhalten. Mit der Entscheidung, aus welchem Bewerber ein Teilnehmer in diesem Verfahren wird, fällt auch die Entscheidung, mit wem der VS-NfD-Auftraggeber den Vertrag mit dem Inhalt des Formblattes VS-NfD-Verpflichtung abschließen wird. Die Teilnehmer am weiteren Vergabeverfahren (Angebotsphase) erhalten zusammen mit den noch nicht beim Teilnahmewettbewerb veröffentlichten Vergabeunterlagen die vom VS-NfD-Auftraggeber ebenfalls signierte VS-NfD-Verpflichtung. Mit der Signierung der VS-NfD-Verpflichtung kommt der Vertrag mit dem Inhalt des Formblattes "VS-NfD-Verpflichtung" zwischen dem VS-NfD-Auftraggeber (hier: Bayerisches Landesamt für Asyl und Rückführungen) und dem VS-NfD-Auftragnehmer (hier: Teilnehmer am Vergabeverfahren) zustande. Hierdurch verpflichtet sich der VS-NfD-Auftragnehmer, die im VS-NfD-Merkblatt ("Merkblatt für die Behandlung von Verschlussachen des Geheimhaltungsgrades VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH (VS-NfD-Merkblatt)", Dokument mit der lfd. Nr. 00.15 der Vergabeunterlagen) enthaltenen Bestimmungen einzuhalten. Die Aufnahme als Teilnehmer in die Angebotsphase erfolgt somit nur bei den Bewerbern, die nach der Prüfung und Wertung ihres Teilnahmeantrags die für die Durchführung des Auftrags notwendige Eignung besitzen und nicht nach §§ 23 oder 24 VSVgV oder im Zusammenhang mit den Sanktionen gegen Russland ausgeschlossen werden mussten und die die elektronisch signierte Verpflichtungserklärung abgegeben haben.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2009/81/EG

vsvgv -

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 2

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 2

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Betrug: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

Zahlungsunfähigkeit: Nachweis gemäß den Vergabeunterlagen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Extraktionssoftware

Beschreibung: Im Rahmen dieser Vergabemaßnahme soll der Extraktionsbestandteil einer Forensiksoftware, im Folgenden auch „Extraktionssoftware“ genannt, zum Entsperren und der Extraktion von nicht gesperrten und gesperrten Datenträgern beschafft werden.

Interne Kennung: 0270.ZV-33-26-04 - Los 1

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Zusätzliche Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 48614000 Datenerfassungssystem

Zusätzliche Einstufung (cpv): 48900000 Diverse Softwarepakete und Computersysteme, 72268000 Bereitstellung von Software

Menge: 1 Stück

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: St.-Martin-Straße 72

Stadt: München

Postleitzahl: 81541

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Dienstsitz München, St.-Martin-Straße 72, 81541 München

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2027

Laufzeit: 1 Jahr

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 3

Weitere Informationen zur Verlängerung: Leistungszeitraum 01.01.2027 bis 01.01.2028 mit der Option den Vertrag drei - 3 - Mal um jeweils ein weiteres Kalenderjahr zu verlängern, mithin längstens bis zum 01.01.2031.

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 0,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.8. Zugänglichkeitskriterien

Zugänglichkeitskriterien für Menschen mit Behinderungen wurden berücksichtigt

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Ergänzen Sie bitte die in dem Dokument "Eigenerklärung Mindestjahresumsätze" gemachten Angaben zum Gesamtumsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (letztes, vorletztes und vorvorletztes Geschäftsjahr) um folgenden Aspekt: Los 1 ("Forensiksoftware als Extraktionssoftware von Datenträgern"), Umsatz im Tätigkeitsbereich (Forensiksoftware) - Mindestjahresumsatz: 500.000 € (netto) pro Jahr.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Geben Sie bitte mindestens drei Referenzen aus den letzten fünf Jahren aus dem Bereich Forensiksoftware mit Bezug zu dem

Leistungsgegenstand (vgl. die Ziffer 3.2 wie auch die Ziffer 2.3, Dokument

"Verfahrenshinweise und Besondere Bewerbungsbedingungen") an. Die Referenzen müssen den folgenden Aufgabenbereichen bzw. Leistungsschwerpunkten zugeeignet sein: Los 1:

Forensiksoftware als Extraktionssoftware von Datenträgern. Des Weiteren müssen folgende

weitere Kriterien erfüllt sein - Mindestvertragsdauer der Softwarelieferung: 12 Monate und

Mindestauftragswert: 200.000 € (netto) pro Jahr. Sofern Sie aus berechtigten

Geheimhaltungsgründen geforderte Angaben nicht machen können, teilen Sie diese Gründe

bitte gesondert mit und legen Sie einen anderen geeigneten Nachweis der technischen und

beruflichen Leistungsfähigkeit vor. Der öffentliche Auftraggeber entscheidet sodann nach pflichtgemäßem Ermessen über die Anerkennung des Alternativnachweises. Sofern Sie diesbezüglich unsicher sind, kontaktieren Sie uns bitte unbedingt rechtzeitig vor Ablauf der Teilnahmefrist in Form einer Bewerberfrage. Ein Nachfordern und Beibringen eines anderen (geeigneteren) Nachweises ist nach dem Ablauf der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge aus vergaberechtlichen Gründen nicht mehr möglich.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Das LfAR behält sich vor, den Zuschlag auf das Erstangebot zu erteilen. Es ist ein verbindliches Angebot abzugeben.

Beschreibung: Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste bedingungsgemäße Angebot erteilt. Die Ermittlung erfolgt auf der Grundlage des besten Preis-Leistungsverhältnisses. Vorliegend ergibt sich das beste Preis-Leistungsverhältnis aus dem geringsten Gesamtpreis inkl. der gesetzlichen (Einfuhr-)Umsatzsteuer bei Erfüllung der in den Vertragsunterlagen gestellten Mindestanforderungen.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Zugang zu bestimmten Auftragsunterlagen ist beschränkt

Begründung für die Beschränkung des Zugangs zu bestimmten Auftragsunterlagen: Schutz besonders sensibler Informationen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 07/09/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen über zugangsbeschränkte Dokumente einsehbar unter: <https://www.deutsche-evergabe.de/>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 30/09/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Obligatorische Angabe der Vergabe von Unteraufträgen: Anteil des Auftrags, den der Bieter im Wege von Unteraufträgen zu vergeben gedenkt

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.deutsche-evergabe.de/>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Fortgeschrittene oder qualifizierte elektronische Signatur oder Siegel (im Sinne der Verordnung (EU) Nr 910/2014) erforderlich

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 25/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Vergleiche hierzu grundsätzlich § 31 Abs. 2 der

Vergabeverordnung für die Bereiche Verteidigung und Sicherheit zur Umsetzung der Richtlinie 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die

Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG 1).

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Vergleiche hierzu die Vergabeunterlagen.

Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: ja

Zusätzliche Angaben zur Geheimhaltungsvereinbarung: Vergleiche hierzu die Vergabeunterlagen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: Vergleiche hierzu die Vertragsunterlagen.

Vergabe von Unteraufträgen:

Der Auftragnehmer muss alle Änderungen der Unterauftragnehmer angeben, die sich während der Auftragsausführung ergeben.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Informationen über die Überprüfungsfristen:

Unternehmen haben einen Anspruch auf Einhaltung der bieter- und bewerberschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber, Freistaat Bayern, vertreten durch das Bayerische Landesamt für Asyl und Rückführungen (LfAR). Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gegenüber dem LfAR zu rügen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)). Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gegenüber dem LfAR gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 und 3 GWB). Teilt das LfAR dem Unternehmen mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, so besteht die Möglichkeit, innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung einen Antrag auf Nachprüfung bei der Vergabekammer Südbayern zu stellen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 Abs. 1 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch das LfAR geschlossen werden; bei Übermittlung per Fax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist zehn Kalendertage. Sie beginnt am Tag nach Absendung der Information durch das LfAR. Ein Antrag auf Nachprüfung ist schriftlich oder elektronisch bei der Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern, 80534 München, einzureichen und zu begründen. Hinweis: Das LfAR ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Angebote enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten. Die Beteiligten haben ein Recht auf Akteneinsicht. Um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren, teilen Sie uns konkret mit Bezug auf die entsprechenden Dokumente des Angebotes

mit, welche Informationen als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu behandeln sind.
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Freistaat Bayern, vertreten durch das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, vertreten durch das Bayerische Landesamt für Asyl und Rückführungen, die Angebote entgegennimmt: Freistaat Bayern, vertreten durch das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, vertreten durch das Bayerische Landesamt für Asyl und Rückführungen.
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Regierung von Oberbayern

5.1. Los: LOT-0002

Titel: Analysesoftware

Beschreibung: Im Rahmen dieser Vergabemaßnahme soll der Analysebestandteil einer Forensiksoftware, im Folgenden auch „Analysesoftware“ genannt, zur Analyse von aus Datenträgern erstellten Extraktionsdateien beschafft werden.

Interne Kennung: 0270.ZV-33-26-04 - Los 2

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Zusätzliche Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 48614000 Datenerfassungssystem

Zusätzliche Einstufung (cpv): 48900000 Diverse Softwarepakete und Computersysteme, 72268000 Bereitstellung von Software

Menge: 1 Stück

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: St.-Martin-Straße 72

Stadt: München

Postleitzahl: 81541

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Dienstsitz München, St.-Martin-Straße 72, 81541 München

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2027

Laufzeit: 1 Jahr

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 3

Weitere Informationen zur Verlängerung: Leistungszeitraum 01.01.2027 bis 01.01.2028 mit der Option den Vertrag drei - 3 - Mal um jeweils ein weiteres Kalenderjahr zu verlängern, mithin längstens bis zum 01.01.2031.

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 0,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.8. Zugänglichkeitskriterien

Zugänglichkeitskriterien für Menschen mit Behinderungen wurden berücksichtigt

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Ergänzen Sie bitte die in dem Dokument

"Eigenerklärung Mindestjahresumsätze" gemachten Angaben zum Gesamtumsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (letztes, vorletztes und vorvorletztes Geschäftsjahr) um folgenden Aspekt: Los 2 ("Forensiksoftware als Analysesoftware von Extraktionsdateien"), Umsatz im Tätigkeitsbereich (Forensiksoftware) - Mindestjahresumsatz: 500.000 € (netto) pro Jahr.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Geben Sie bitte mindestens drei Referenzen aus den letzten fünf Jahren aus dem Bereich Forensiksoftware mit Bezug zu dem

Leistungsgegenstand (vgl. die Ziffer 3.2 wie auch die Ziffer 2.3, Dokument

"Verfahrenshinweise und Besondere Bewerbungsbedingungen") an. Die Referenzen müssen den folgenden Aufgabenbereichen bzw. Leistungsschwerpunkten zugeeignet sein: Los 2:

Forensiksoftware als Analysesoftware von Extraktionsdateien. Des Weiteren müssen folgende weitere Kriterien erfüllt sein - Mindestvertragsdauer der Softwarelieferung: 12 Monate und

Mindestauftragswert: 50.000 € (netto) pro Jahr. Sofern Sie aus berechtigten

Geheimhaltungsgründen geforderte Angaben nicht machen können, teilen Sie diese Gründe

bitte gesondert mit und legen Sie einen anderen geeigneten Nachweis der technischen und

beruflichen Leistungsfähigkeit vor. Der öffentliche Auftraggeber entscheidet sodann nach

pflichtgemäßem Ermessen über die Anerkennung des Alternativnachweises. Sofern Sie

diesbezüglich unsicher sind, kontaktieren Sie uns bitte unbedingt rechtzeitig vor Ablauf der

Teilnahmefrist in Form einer Bewerberfrage. Ein Nachfordern und Beibringen eines anderen

(geeigneteren) Nachweises ist nach dem Ablauf der Frist für den Eingang der

Teilnahmeanträge aus vergaberechtlichen Gründen nicht mehr möglich.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Das LfAR behält sich vor, den Zuschlag auf das Erstangebot zu erteilen. Es ist ein verbindliches Angebot abzugeben.

Beschreibung: Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste bedingungsgemäße Angebot erteilt.

Die Ermittlung erfolgt auf der Grundlage des besten Preis-Leistungsverhältnisses. Vorliegend

ergibt sich das beste Preis-Leistungsverhältnis aus dem geringsten Gesamtpreis inkl. der

gesetzlichen (Einfuhr-)Umsatzsteuer bei Erfüllung der in den Vertragsunterlagen gestellten

Mindestanforderungen.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Zugang zu bestimmten Auftragsunterlagen ist beschränkt

Begründung für die Beschränkung des Zugangs zu bestimmten Auftragsunterlagen: Schutz besonders sensibler Informationen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 07/09/2026 12:00:00 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Informationen über zugangsbeschränkte Dokumente einsehbar unter: <https://www.deutsche-evergabe.de/>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 30/09/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Obligatorische Angabe der Vergabe von Unteraufträgen: Anteil des Auftrags, den der Bieter im Wege von Unteraufträgen zu vergeben gedenkt

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.deutsche-evergabe.de/>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Fortgeschrittene oder qualifizierte elektronische Signatur oder Siegel (im Sinne der Verordnung (EU) Nr 910/2014) erforderlich

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 25/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Vergleiche hierzu grundsätzlich § 31 Abs. 2 der Vergabeverordnung für die Bereiche Verteidigung und Sicherheit zur Umsetzung der Richtlinie 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG 1).

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Vergleiche hierzu die Vergabeunterlagen.

Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: ja

Zusätzliche Angaben zur Geheimhaltungsvereinbarung: Vergleiche hierzu die Vergabeunterlagen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: Vergleiche hierzu die Vertragsunterlagen.

Vergabe von Unteraufträgen:

Der Auftragnehmer muss alle Änderungen der Unterauftragnehmer angeben, die sich während der Auftragsausführung ergeben.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Informationen über die Überprüfungsfristen:

Unternehmen haben einen Anspruch auf Einhaltung der bieter- und bewerberschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber, Freistaat Bayern, vertreten durch das Bayerische Landesamt für Asyl und Rückführungen (LfAR). Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gegenüber dem LfAR zu rügen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)). Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gegenüber dem LfAR gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 und 3 GWB). Teilt das LfAR dem Unternehmen mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, so besteht die Möglichkeit, innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung einen Antrag auf Nachprüfung bei der Vergabekammer Südbayern zu stellen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 Abs. 1 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch das LfAR geschlossen werden; bei Übermittlung per Fax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist zehn Kalendertage. Sie beginnt am Tag nach Absendung der Information durch das LfAR. Ein Antrag auf Nachprüfung ist schriftlich oder elektronisch bei der Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern, 80534 München, einzureichen und zu begründen. Hinweis: Das LfAR ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Angebote enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten. Die Beteiligten haben ein Recht auf Akteneinsicht. Um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren, teilen Sie uns konkret mit Bezug auf die entsprechenden Dokumente des Angebotes mit, welche Informationen als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu behandeln sind. Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Freistaat Bayern, vertreten durch das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, vertreten durch das Bayerische Landesamt für Asyl und Rückführungen, die Angebote entgegennimmt: Freistaat Bayern, vertreten durch das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, vertreten durch das Bayerische Landesamt für Asyl und Rückführungen. Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Regierung von Oberbayern

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Bayerisches Landesamt für Asyl und Rückführungen

Registrierungsnummer: 7baf3366-3706-422a-b292-fd2590f8b008

Postanschrift: Am Hochfeldweg 20

Stadt: Ingolstadt

Postleitzahl: 85051

Land, Gliederung (NUTS): Ingolstadt, Kreisfreie Stadt (DE211)

Land: Deutschland

E-Mail: poststelle@lfar.bayern.de

Telefon: +49 8450 9000 0

Fax: +49 8450 9000 500

Internetadresse: <https://www.lfar.bayern.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern

Registrierungsnummer: 1a86dfa1-e75a-4748-8724-5f436cb4ba9d

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Stadt: München

Postleitzahl: 80538

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Zentrale Vergabestelle

E-Mail: zentrale.vergabestelle@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 8921760

Fax: +49 892176404100

Internetadresse: <https://www.regierung.oberbayern.bayern.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern

Registrierungsnummer: d909629c-b7ea-4afa-acf6-a8b05556708c

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Stadt: München

Postleitzahl: 80539

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 8921762411

Fax: +49 8921762847

Internetadresse: <https://www.regierung.oberbayern.bayern.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

3a8acaaf-dca4-4ddb-9489-de132c3946df-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

Beschreibung

:

Die jeweilige Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme (bzw. die Teilnahmefrist) wird - auf weitere unterschiedliche Anfragen hin - nach § 20 Abs. 1 VSVgV jeweils vom Freitag, den 18. September 2026, 10:00 Uhr, auf den Freitag, den 25. September 2026, 10:00 Uhr, verlängert. Das jeweilige voraussichtliche Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung - bisher Donnerstag, den 17. September 2026 - wird gleichsam jeweils entsprechend angepasst, nun: voraussichtlich Mittwoch, den 30. September 2026. Im Übrigen dürfen wir auf die jeweils einhergehenden geringfügigen Änderungen bezogen auf die Ziffer 5.1.9. ("Eignungskriterien"), "Kriterium: Referenzen zu bestimmten Leistungen", verweisen.

10.1. Änderung

Abschnittskennung: LOT-0001

Abschnittskennung: LOT-0002

Beschreibung der Änderungen: Die jeweilige Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme (bzw. die Teilnahmefrist) wird - auf weitere unterschiedliche Anfragen hin - nach § 20 Abs. 1 VSVgV jeweils vom Freitag, den 18. September 2026, 10:00 Uhr, auf den Freitag, den 25. September 2026, 10:00 Uhr, verlängert. Das jeweilige voraussichtliche Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung - bisher Donnerstag, den 17. September 2026 - wird gleichsam jeweils entsprechend angepasst, nun: voraussichtlich Mittwoch, den 30. September 2026. Im Übrigen dürfen wir auf die jeweils einhergehenden geringfügigen Änderungen bezogen auf die Ziffer 5.1.9. ("Eignungskriterien"), "Kriterium: Referenzen zu bestimmten Leistungen", verweisen.

Änderung der Auftragsunterlagen am: 11/09/2026

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 2e64b3f6-6035-43f3-9b6b-2118678c8329 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 18

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 11/09/2026 15:23:49 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 633649-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 178/2026

Datum der Veröffentlichung: 15/09/2026